

Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven

Internationale Konferenz veranstaltet vom Rat zum Schutze der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum (Warszawa), dem Bundesinstitut für die Kultur und die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg), der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Budapest), dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Ostmitteleuropa (Leipzig) und dem Warschauer Königsschloss
Warschau, 11. bis 13. Januar 2008

Das Thema der gemeinsam vom Rat zum Schutze der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum (Warszawa), dem Bundesinstitut für die Kultur und die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg), der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Budapest), dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Ostmitteleuropa (Leipzig) und dem Warschauer Königsschloss veranstalteten Konferenz liegt gewissermaßen in der Luft. Man denke nur etwa an den Konflikt um die Erinnerung an Vertreibung und Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg oder die Auseinandersetzung um die Versetzung des „Denkmals für die Befreier von Tallinn“. Der gesellschaftliche Zusammenbruch des Ostblocks 1989 zog eine Auflösung von Erinnerungsdoktrin nach sich, die lang unterdrückt Erinnerungskonflikte, sei es internationaler, bilateraler oder innernationaler Dimension, aufflammen ließ und zugleich zu einer Neuverortung der ostmittel- und osteuropäischen Gemeinschaften in der europäischen Erinnerungslandschaft zwingt. Allein die schlichte und doch nicht selbstverständliche Tatsache des Zustandekommens dieser konsequent international angelegten Tagung, deren breit gefächerte Patronatsschaft durch den Minister für Kultur und Nationales Erbe Polens, Bogdan Zdrojewski, dem Kulturstatsminister, Bernd Neumann, den Minister für Bildung und Kultur Ungarns, István Hiller und den Minister für Kultur der Slowakei, Marek Maďarič sowie die vorbildliche Lösung der sprachlichen Verständigung (Synchronübersetzung) sind Ausdruck eines politischen Willens, sich der Brisanz des Themas zu stellen und in eine fruchtbare Kommunikation, in ein Gespräch über Geschichte und Erinnerung der an der Konferenz beteiligten ostmitteleuropäischen Länder (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Deutschland, Ukraine, Russland, Österreich) zu treten.

Die politischen Erwartungen, die in die Konferenz hineingetragen wurden, reichten jedoch weiter: In ihren Begrüßungsworten steckten der Direktor des Warschauer Königsschlosses, *Andrzej Rottermund* (Warszawa), der polnischen Minister für Kultur und Nationales Erbe Polens, *Bogdan Zdrojewski* (Warszawa), der Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, *Matthias Weber* (Oldenburg), und der Generalsekretär des Rates zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Märtyrertum, *Andrzej Przewoźnik* (Warszawa), Rahmen und Fluchtpunkt, die das Gespräch und die Verständigung der folgenden Tagen bestimmen sollten, ab: Es ginge um die Zusammenführung der verschiedenen Narrationen von Geschichte, der unterschiedlichen Wahrnehmungen von Erinnerungsorten in einer gemeinsamen europäischen Narration. Eine Narration, die die Unterschiede nicht auslösche, zugleich jedoch die Basis für eine gemeinsame Zukunft böte. Der hier formulierte politische Anspruch war jedoch auch die Krux der Konferenz. Denn das, was der Veranstaltung aus der Sicht der Politik als Lob dient, bietet aus der Perspektive des Historikers, wie sich im Verlaufe der Konferenz zeigen sollte, Anlass zu Kritik.

Das Handwerkszeug zu dieser Kritik breitete *Krzysztof Pomian* (Paris) in seinem Einführungsvortrag „Geteilte Erinnerung. Erinnerungsorte in Europa als politisches und kulturelles Phänomen“ aus. Basierend auf einer Analyse der Prinzipien und Mechanismen des Erinnerns charakterisierte Pomian Erinnerung als stets

exklusiv, subjektiv, emotional, zugleich jedoch konstitutiv sowohl für das Individuum als auch die Gemeinschaft. Erinnerung, so die Schlussfolgerung, sei somit ihrem Wesen nach unausweichlich konfliktbehaftet. Es gälte daher, Erinnerungsorte als Brennpunkte vieldimensionaler und vielschichtiger, oft widersprüchlicher Narrationen zu begreifen. Dem darin schwelenden Konfliktpotential müsse, so Pomian, mit einer Ethik der Erinnerung, also einer aktiven, offenen, alle Erinnerungsgruppen einbeziehenden, vor allem aber auf gegenseitiger Akzeptanz basierenden Auseinandersetzung entgegengewirkt werden. Hier und nur hier verortet er die Aufgabe der Politik – nämlich für diese Auseinandersetzung gesellschaftliche und politische Voraussetzungen zu schaffen. Bestrebungen der Politik, Erinnerungen zu vereinheitlichen bzw. politischen Entscheidungen zu unterwerfen, hätten keinen dauerhaften Erfolg. Die so unterdrückten, abweichenden Narrationen brächen unausweichlich unter veränderten Bedingungen wieder an die Oberfläche durch. Auch dem Historiker verordnete er in dieser Hinsicht Unabhängigkeit. Selbst erinnerndes Subjekt sei es seine professionelle Aufgabe, sich von einer emotionalen Erinnerung in Bezug auf seinen Untersuchungsgegenstand weitgehend zu distanzieren und für die Auseinandersetzung darum zusätzliches Wissen bereitzustellen, welches nicht unmittelbar aus den Erinnerungsgemeinschaften heraus generiert wird. Diese Forschungsergebnisse seien in den Erinnerungsdiskurs als sachliche Argumente einzubringen, zu denen sich die unterschiedlichen Narrationen in Beziehung setzen können.

Städte die in drei oder gar vier Namen parallel bezeichnet werden, dies ist wohl eine Besonderheit des östlichen Europas und als solches ein äußeres Zeichen für die nationale, ethnische oder religiöse Verfasstheit der jeweiligen Stadt oder deren Geschichte. Exemplarisch wurden in der ersten Sektion „Städte als transnationale Erinnerungsorte“ (Moderation *Krisztián Ungváry*, Bratislava) Bratislava/Pressburg/Pozsony, L'viv/Lwów/Lemberg und Wrocław/Breslau untersucht. Dass hierbei das Paradigma der Nation anderen Untersuchungsebenen vorgezogen wurde, spiegelt die polarisierte Erinnerung der Geschichte dieser Städte seit der Nationsbildung wieder. Dies wurde sogleich im ersten Beitrag „Die Stadt in der Geschichte und dem Bewusstsein der Ungarn“ von *Csaba Kiss* (Budapest) deutlich, der anhand der Bedeutung der Begriffe „Ungarus“ und „Ungar“ zwei verschiedene Erinnerungsdimensionen von Bratislava/Pressburg/Pozsony für die ungarische Geschichte herausarbeitete. Als „Ungarus“ wären, so Kiss, alle dem ungarischen Königreich gegenüber loyalen Untertanen verstanden worden; Bratislava/Pressburg/Pozsony wurde auf dieser Ebene als Hauptstadt des ungarischen Königreichs erinnert. Mit der zunehmenden Selbstdefinition über nationale Zugehörigkeit, wie sie dem Begriff des „Ungar“ zu Grunde läge, seien der „Ungarus“ wie auch die ihm eigenen Mehrsprachigkeit verloren gegangen. Unter den „Ungarn“ sei nun Bratislava/Pressburg/Pozsony in erster Linie der Ort, an dem die ungarische nationale Bewegung geboren wurde. Da der Beitrag von *Peter Zajac* (Bratislava) „Die verschiedenen Lesarten der Stadtgeschichte“ ausfiel, kam die slowakische Wahrnehmung der Stadt nur am Rande zur Sprache.

Die drei Untersuchungen zu L'viv/Lwów/Lemberg zeigten in ihrer Abfolge, wie die historische Analyse von Erinnerung fortschreiten kann (Moderation *Klaus Ziemer*, Warszawa). *Adam Redzik* (Warszawa) konstatierte in seinem Beitrag „Lwów – Ort einer zerbrechlichen Erinnerungslandschaft der Polen“ für die gegenwärtige polnische Erinnerung an die Stadt eine starke Vereinnahmung durch national-konservative Kräfte. Diese Sicht weitete der Referent mit dem Bild eines toleranten und modernen polnischen L'viv/Lwów/Lemberg der Zwischenkriegszeit auf. Der großen Rolle, die der Stadt in der polnischen Erinnerung zukäme, so Redzik, stehe die Unfähigkeit, gar der Unwille im jetzigen, ukrainischen L'viv/Lwów/Lemberg entgegen, die Erinnerung an die polnische Geschichte der Stadt aufrecht zu erhalten. Der Vortrag von *Delphine Bechtel* (Paris) „Das ukrainische L'viv seit 1991: Stadt der selektiven Erinnerung“ nahm den Impuls, der mit dem Beitrag Redziks gewissermaßen direkt aus der Erinnerungsgemeinschaft heraus formuliert worden war, auf und stellte die Beobachtung Redziks über die Einseitigkeit der ukrainischen Erinnerung in den Kontext der gegenwärtigen nationalen Geschichtsschreibung in der Ukraine. Diese zielen auf die Konstruktion eines nationalen Kontinuums ab, innerhalb derer auch die galizische Geschichte einer selektiven Wahrnehmung unterworfen und der multiethnische Charakter des Gebietes ausgeblendet würde. Dies würde mit der

Isolierung und Dekonstruktion von visuellen Zeugnissen nichtukrainischer Geschichte in L'viv/Lwów/Lemberg forciert. *Christoph Mick* (Warwick) wiederum griff mit seinem Beitrag: „Lemberg – Die multiethnische Stadt“ den zweiten Impuls, der mit dem Vortrag Redziks gegeben war, auf. Er bestätigte, dass das moderne L'viv/Lwów/Lemberg eine polnische Schöpfung sei, jedoch sei dies mit einer weitgehenden Verdrängung der Ukrainer aus dem öffentlichen Leben in der Zwischenkriegszeit einhergegangen. Es zeige sich hier, so Wick, ein für die Stadt typisches Element: Je nach Machtlage würde die Stadt umdekoriert und mit einer neuen Geschichte versehen. Die anschließende Diskussion offenbarte, dass historische Analysen, wie sie von Wick und Bechtel vorgestellt wurden und im Sinne Pomians zusätzliches sachliches Wissen bereitstellen, in einer so disparaten Erinnerungslandschaft, wie sich jene um die Stadt Lemberg zeigt, zunächst Ablehnung und weitere Konflikte hervorrufen, bevor sie, so die Hoffnung, konfliktausgleichend und -relativierend wirken können.

Die Rolle der visuellen und materiellen Zeugnisse für Erinnerung, die bereits im Vortrag von Bechtel zur Sprache kam, kristallisierte sich in den beiden Beiträgen zu Wrocław/Breslau als wesentlich heraus (Moderation *Josef Höchtl*, Wien). *Norbert Conrads* (Stuttgart) beschrieb in seinem Vortrag „Breslau – Identität und kulturelles Gedächtnis“, dass erst im Umbruch zum 20. Jahrhundert, forciert durch die Folgen des Ersten Weltkrieges, eine von nationalen Paradigmen geprägte Erinnerung die bis dahin von bürgerlichen Werten dominierte Erinnerungskultur abgelöst habe. Nach 1945 seien die polnischen Siedler dann mit einer materiellen Welt konfrontiert gewesen, deren offensichtlicher Wert diese vor ihrer Zerstörung bewahrt habe. Dass sich diese materiellen Zeugnisse jedoch nicht als unmittelbarer Ausgangspunkt für eine Aneignung der Stadt durch die neuen, polnischen Bewohner eigneten, zeigten die Ausführungen von *Teresa Kulak* (Wrocław) zu „Wrocław in der Geschichte und im Gedächtnis der Polen“. Vielmehr erzeugte die nach 1945 in Polen stark forcierte Geschichtspolitik um die „Wiedergewonnen Westgebiete“ eine Diskrepanz zwischen dem Geschichtsbild und der realen materiellen Umwelt. Die Identifizierung der Wrocławer mit ihrer Stadt, so Kulak, sei statt dessen eng mit dem Wiederaufbau, also der Entstehung einer eigenen Erinnerung an die Stadt verbunden. Unter dieser Voraussetzung würde nun auch die Geschichte Breslaus vor 1945 in die polnische Erinnerung eingebettet.

Den Abend des ersten Tages schloss eine Podiumsdiskussion ab, in der die Diskutanten *Zdzisław Najder* (Warszawa), *Joachim Rogall* (Stuttgart), *Oliver Rathkolb* (Wien) – die gleichfalls eingeladenen *Edita Ivaničková* (Bratislava) konnte nicht teilnehmen – die Frage „Was verbindet Europa?“ zu beraten hatten (Moderation *Reinhold Vetter*, Warszawa). Obgleich, wie Rogall bemerkte, die Fragestellung nicht kläre, was mit dem Begriff „Europa“ gemeint sei, bemühten sich die zur Diskussion Eingeladenen, mit dem Blick auf die Geschichte Antworten auf diese Frage zu finden. Najder etwa sah die Besonderheit Europas in der sich stets wiederholenden Tragödie der Zerstörung und des anschließenden Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Hier, so Najder, läge die Chance zu einer Verständigung, da vergangene und gegenwärtige Kulturen als gleichwertig betrachtet würden. Die Grenzen Europas seien mit der Ausdehnung kultureller Ähnlichkeiten – er verwies auf Gotik und Klassizismus oder das Vorherrschen des Prinzips der städtischen Selbstverwaltung – zu bestimmen. Für Rogall sind diese Ähnlichkeiten mit der Verwurzelung in der antiken, griechisch-römischen und christliche Tradition gegeben. Er verwies darauf, dass die Gemeinsamkeit Europas jedoch von Generation zu Generation anders wahrgenommen würde und man darüber hinaus zwischen positiven und negativen verbindenden Elementen zu differenzieren hätte. Rathgeb stellte jedoch die Tragfähigkeit des Modells einer gemeinsamen Geschichte Europas in Frage, da die Ereignisse oft zu widersprüchlich erinnert würden. In der anschließenden Diskussion wurde angemerkt, dass die Frage nach den Europa verbindenden Elementen, beste man sie in den virulenten diskursiven Rahmen um die Einigung Europas in der Europäischen Union einerseits und in das Themenfeld der Konferenz andererseits ein, die Historiker in die Aufgabe dränge, für die sich vor allem jedoch unter wirtschaftlichen Prämissen konsolidierende EU gewissermaßen nachträglich ein identifikationsstiftendes Geschichtsbild zu entwerfen, was im Widerspruch zur Auffassung einer kritischen Geschichtswissenschaft stände.

Während in der ersten Sektion mit Städten Erinnerungsorte in den Blick genommen wurden, in denen in einer engen Verflechtung von kulturellem und kommunikativen Gedächtnis oft jahrhundertlange Geschichte komemoriert und oft vor nationalen Konflikten verhandelt wird, standen in der zweiten Sektion Orte im Zentrum, welche an Verbrechen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnern und zumeist noch im kommunikativen Gedächtnis verankert sind. Dabei intendierten, so zu ist zu vermuten, die Veranstalter mit der einleitenden Podiumsdiskussion (Moderation *Andrzej Nowak*, Kraków) unter dem Titel „Gedenkstätten des Kommunismus – Erhalten oder Abreißen?“ und der daran anschließenden Sektion „Orte der Erinnerung in totalitären Systemen nach deren Fall“ (Moderation *Martin Schulze Wessel*, München und *Boris Vigaš*, Banska Bystrica) eine schrittweise Aufweitung der Perspektive: Leider führte die sprachliche aber auch begriffliche Ungenauigkeit in der Formulierung der Problemstellungen teilweise zu einer Vermischung der Ebenen, was die Vergleichbarkeit der in den Beiträgen vorgestellten Erinnerungsorte und –formen behinderte.

Die Podiumsdiskussion wurde mit einem Bericht von *Elena Žemkova* (Moskau) über die Arbeit des Gesellschaft MEMORIAL, die sich um das Auffinden und den Erhalt materieller Zeugnisse des GULags bemüht, eingeleitet. Die Bewahrung dieser Zeugnisse und die Rückführung der Erinnerung an den GULag in das kollektive Gedächtnis Russlands erwiesen sich als sehr schwierig, da die russische Bevölkerung dieser Geschichte mit Desinteresse begegne und die offizielle russische Geschichtspolitik einer Aufarbeitung entgegensteure. Während *Žemkova* als „Gedenkstätten des Kommunismus“ also jene Orte, die von den Verbrechen des Stalinismus Zeugnis ablegen, verstand, fasste *Tomasz Merta* (Warszawa) diesen Begriff weiter, und schloss neben den Orten kommunistischen Terrors auch jene Orte und Phänomene mit ein, die in den Bereich der Geschichtspolitik der polnischen Volksrepublik fielen. Auch *Merta* erachtete die Bewahrung der Zeugnisse des Terrorapparates als dringlich, denn auch in der polnischen Gesellschaft sei eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dieser Geschichte zu beobachten. Für die Umbenennung von öffentlichen Gebäuden etwa schlug er ein schrittweises, von den Einrichtungen selbst vorangetriebenes Vorgehen vor. Das bereits weitgehend dezimierte Netz von Denkmälern hingegen, so *Merta*, bedürfe eines Erhalts. Ein ähnlich breites Verständnis legte auch *Stephan Raabe* (Warszawa) seiner Interpretation von „Gedenkstätten des Kommunismus“ zu Grunde. Mit Bezug auf Nietzsche will er sie als Orte einer aktiven Erinnerung im „Dienste der Leidenden und der Befreiung Bedürftigen“ (Nietzsche), zugleich aber auch als Gegenstände „antiquarischer Betrachtung“ verstanden wissen. Seine Forderung „weder abreißen noch erhalten“ galt einem kritischen Umgang mit diesen Orten, der gleichermaßen entfernt von einer unreflektierten Verehrung des Vergangenen wie auch einer politischen Instrumentalisierung zu sein habe. *Zdeněk Hojda* (Prag) wiederum fokuzierte seine Überlegungen auf Denkmäler, welche von den Machthabern in der ČSSR errichtet worden sind. Er verwies auf die Schwierigkeit einer eindeutigen Beurteilung. So seien Denkmäler etwa, die den Opfern des Zweiten Weltkrieges gewidmet sind, dem Gegenstand ihrer Widmung nach wichtig und erhaltenswert. Das Problem bestände hierin, einen kritischen Umgang mit der Erinnerung der Rituale, in die sie in der Zeit der ČSSR eingebunden waren, zu finden. Als Grundkonsens zeichnete sich auch in der anschließenden Diskussion ab, dass die materiellen Zeugnisse des Kommunismus insbesondere die Orte des Terrorapparates des Erhaltes bedürfen. Sie seien Orte persönlicher Erinnerung und Vergegenwärtigung von Ereignissen gleichermaßen wie auch wichtige Quellen für die Forschung und Ausgangspunkte für eine Historisierung der mit ihnen verbundenen Geschichte. Uneinigkeit hingegen herrschte mit Blick auf die Frage, ob es bereits einen Konsens in der historischen Beurteilung des Kommunismus gäbe.

Krisztián Ungváry (Budapest) unterwarf in seinem Beitrag „Die Erinnerung an kommunistische Verbrechen: Das ‚Terrorhaus‘ und der ‚Zentralfriedhof‘“, die Geschichtspolitik der gegenwärtigen ungarischen Regierung einer scharfen Kritik. Es würde, so zeigte er im Ergebnis einer genauen Analyse der beiden Beispiele, der Opfer des Antisemitismus wie auch des Kommunismus undifferenziert gedacht. Durch das Ausblenden der Mitschuld der Ungarn am Tod vieler Juden sowie der Kontinuitäten zwischen den Regimen gelänge es der jetzigen ungarischen Regierung, sich mit einer gereinigten Tradition zu versehen. Auschwitz hingegen, so

Piotr Cywiński (Oświęcim) in seinem Beitrag „Wem ‚gehört‘ Auschwitz?“ entziehe sich einer einseitigen Vereinnahmung, weil es ein Ort vieler unterschiedlicher Erinnerungen sei, die ihrerseits in verschiedenste ideologische und politische Kontexte eingebunden seien. Als Erinnerungsort sei Auschwitz Museum, Denkmal, Friedhof zugleich. Die Bestimmung der Anlage als stellvertretendes „Beispiel für Objekte seines Typus“ in der Liste der Unesco-Denkmäler wie auch die Analyse der Herkunftsorte der Besucher machten deutlich, dass sich Auschwitz zu einem weltweiten Erinnerungsort entwickle. Ein Faktum, welches noch keinen entsprechenden Niederschlag in der Verantwortlichkeit der Finanzierung des Erhalts dieses Erinnerungsortes habe. Ein transnationaler Diskurs über die Verbrechen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, der hier vorausgehen muss, käme, so *Barbara Distel* (Dachau) in ihrer Analyse zu „Der bundesdeutschen und westeuropäischen Wahrnehmung der nationalsozialistischen Verbrechen“ erst jetzt in Bewegung. Es habe zunächst bis in die 1970er Jahre gedauert, bis eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust möglich geworden war. Weitere zwanzig Jahre seien nötig gewesen, bis anerkannt wurde, dass die Hauptschuld an den Verbrechen in der Verantwortung der Deutschen und der mit ihnen zusammenarbeitenden Kollaborateure lag und der überwiegende Anteil der Opfer des Nationalsozialismus aus Ost- und Ostmitteleuropa kamen. Eine enge Verknüpfung zwischen Erinnerung und Zukunftsverantwortung zog *Paweł Ukielski* (Warszawa) in seiner Darstellung „Das Museum des Warschauer Aufstandes als Erinnerungsort“. Hauptadressaten des Projektes seien in erster Linie Kombattanten und Jugendliche, die hier einen Rahmen zum Gespräch fänden. Das Ziel sei es, durch eine realitätsnahe Darstellung die Besucher zum Nachdenken zu zwingen. In der nachfolgenden Diskussion wurde ein Umgang mit der Erinnerung an den Warschauer Aufstand angemahnt, der auch eine kritische Reflektion ermögliche. Desweiteren wurde das Prinzip der Überwältigung, welches dem pädagogischen Konzept des Museums zugrunde läge, kritisiert. In der weiteren Diskussion drang die Befürchtung durch, dass es im westlichen Europa an Konsequenz mangle, die osteuropäische Erinnerung in eine gesamteuropäische Erinnerungslandschaft einzubeziehen.

Anna Kaminsky (Berlin) stellte in ihrem Beitrag „Orte der Erinnerung an die Opfer des kommunistischen Systems“ ein Projekt vor, welches von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt wird und sich der Dokumentation der sich seit 1989 neu herausformenden Erinnerungskultur in den Ländern des ehemaligen Ostblocks widmet. Die hier neu entstehende Denkmallandschaft sei, so Kaminsky, von einer großen Heterogenität verschiedener Initiativen und breiten Inbesitznahmen des öffentlichen Raumes geprägt. Im Zentrum des Gedenkens ständen das Erinnern an Opfer nicht nur des Kommunismus, sondern auch nationaler und regionaler Konflikte, sowie die Verehrung von nationalen Helden. Schließlich sei auch eine positive Ehrung des Kommunismus wieder zu beobachten. Eines der Ereignisse, welches in den letzten Jahren wieder an die Oberfläche des kollektiven Gedächtnisses der Ukraine gedrungen ist und um dessen Bewertung die Historiker nunmehr ringen, ist der sogen. „Große Hunger“ von 1932/33. *Stanislav Kul'čic'kij* (Kiev) distanzierte sich in seinem diesem Thema gewidmeten Vortrag von der These des Holodomors, die davon ausgeht, es habe sich beim „Großen Hunger“, um einen Versuch der Auslöschung der ukrainischen Bevölkerung gehandelt. Vielmehr sollte, so Kul'čic'kij, der „Große Hunger“ einen sozialen Aufruhr verhindern, der im Zuge der Rücknahme der NÖP und der damit einhergehenden Kollektivierung insbesondere in der Ukraine von Stalin befürchtet worden sei. Ähnlich wie der „Große Hunger“ ist auch Katyn zunächst ein nationaler Erinnerungsort, der der Erschießung polnischer Offiziere und Soldaten im Frühjahr 1940 durch den NKWD gedenkt. Jedoch, so die Aufforderung *Andrzej Przewoźnik* (Warszawa) in seinem Beitrag zu „Katyn im Gedächtnis der Europäer“, müsse Katyn auch als europäischer Erinnerungsort begriffen werden. Zum einen seien viele Russen hier begraben, die aufgrund ihrer Zeugenschaft an der Erschießung anschließend selbst zu Opfern wurden. Zum anderen trügen nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westalliierten für die lange Geheimhaltung um die Wahrheit der Ereignisse in Katyn Verantwortung. Der Ort sei somit ein Symbol für den langen Kampf um die Wahrheit.

Das Thema des stalinistischen Terrors wurde im Abendvortrag und in der anschließenden Diskussion (Moderation *Andrzej Przewoźnik*, Warszawa) wieder aufgegriffen. Zwar habe sich die Kenntnis um den

GULag durch Forschungen in Archiven und vor Ort bedeutend erweitert, jedoch sei sie längst noch nicht ausreichend, um das Ausmaß und die Bedeutung des GULags endgültig zu bestimmen, konstatierte *Anne Appelbaum* (Nakło) zu Beginn ihres Abendvortrages „Der GULag in der postsowjetischen und europäischen Erinnerungskultur“, den sie an Stelle des erkrankten *Sergej Kowaljov* (Moskau) übernommen hatte. Das bisherige Wissen erlaube es jedoch bereits, den GULag mit der Verabschiedung des Zehnjahresplans der Sowjetunion 1929 in Verbindung zu bringen. Erst durch die Einrichtung der GULags sei es nämlich, so Appelbaum, möglich gewesen, die darin formulierten Planvorgaben zu erreichen, in weit entfernten und klimatisch höchst ungünstigen Gebieten die hierfür notwendigen Bodenschätze zu gewinnen und Verkehrswege anzulegen. Lager seien darüber hinaus überall errichtet und die Gefangen in allen Wirtschaftszweigen eingesetzt worden. Dieser Umstand wie auch der gegenwärtige Forschungsstand, ließen es umso erstaunlicher erscheinen, dass die Erinnerung an den GULag in der russischen Gesellschaft kaum eine Öffentlichkeit habe. *Irina Šerbakova* (Moskau) spitze die Frage weiter zu: Wie komme es aber auf der anderen Seite zu einem so großen politischen Engagement der Jugend für die jetzige russische Regierung? Eine Antwort hierauf sei in den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen Russlands der letzten Jahre zu suchen, die zu einer nostalgischen Erinnerung an die Zeit der Sowjetunion geführt habe. Diese würde von der Großelterngeneration, die an Stelle der mit dem Broterwerb voll beanspruchten Eltern die Erziehung der Enkel übernommen habe, an diese weitergegeben. Parallel dazu verhindere eine gezielte Geschichtspolitik der derzeitigen russischen Regierung eine Aufarbeitung des russischen Kommunismus und propagiere stattdessen einen strikten Zukunftsoptimismus. *Christian Semler* (Berlin) ergänzte die Ausführung mit der Beobachtung, dass in Deutschland die Veröffentlichung der Schrift Solschenizyns über den GULag anders als in Frankreich nicht als ein Erdbeben wahrgenommen wurden, da sie durch die Berichte der Rückkehrer aus den russischen Kriegsgefangenenlagern auf ein bereits „vorbereitetes Interesse“ stieß.

Die letzte, von *Dominika Rafalska* (Warszawa) und *Dieter Bingen* (Darmstadt) geleitete Sektion thematisierte „Historische Umbrüche im geteilten Gedächtnis – 1944-1945, 1968, 1980-1981, 1989“. Zwar lag der Fokus auf Ostmitteleuropa, jedoch wurde die Absicht deutlich, die historischen Umbrüche in Sinne des sich einenden Europas als gesamteuropäische Erinnerungsorte zu reflektieren. *Stefan Troebst* (Leipzig) bediente sich bei seiner Analyse „1945 als europäischen Erinnerungsort“ des Modells der europäischen Geschichtsregionen Oskar Haleckis, mit dessen Kategorien er die Erinnerungen an die Ereignisse der Jahre 1944-1945 und die daraus resultierenden Konsequenzen für die europäische Ordnung nach den räumlich-geographischen Einheiten Ost-, West, Ostmittel- und Westmitteleuropa differenzieren und zueinander in Bezug setzen konnte. Sowohl für die zeitgenössische Wahrnehmung und Wertung der Ereignisse in den Jahren 1944/45 selbst, als auch für die heutige Zeit konstatierte er zugespitzt in zehn Thesen eine in Europa stark differierende, tlw. kontroverse Erinnerung an das Kriegsende. Wie sehr das Jahr 1945 mit Konflikten belegt sei, so wurde in der Diskussion ergänzt, hätten die politischen Kontroversen im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 60. Jubiläum der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und dem Scheitern der Instillation des Holocaust als Gründungsmythos für Europa gezeigt. Mit Blick auf die im Folgenden aus ostmitteleuropäischer Sicht zur Diskussion stehenden Erinnerungsorte 1956, 1968, 1980/81 und 1989 kritisierte *Attila Pók* (Budapest) eine teleologische Deutung der Abfolge dieser Ereignisse. Eine solche Sicht lassen die Spezifik und besondere Dynamik der Ereignisse in den einzelnen Ländern außer Acht. In seinem Beitrag „Das Jahr 1956 – Eine Zäsur der ostmitteleuropäischen Geschichte“ konstatierte er, dass die Erinnerung an den ungarischen Aufstand von 1956 weniger Einfluss auf die Akteure des Prager Frühlings, der Solidarność-Bewegung oder der Wende von 1989 als vielmehr auf die Verantwortlichen in Moskau gehabt habe. In Ungarn selbst sei die pauschalisierende Bewertung des Aufstandes von 1956 durch die Kadar-Regierung als Konterrevolution noch in die Konzepte des demokratischen Umbruchs nach 1989 eingebaut worden.

Auch die Ereignisse des Prager Frühlings im Jahr 1968 ließen sich zwar als europäischer Erinnerungsort begreifen, jedoch würden sie, wie *Jan Pauer* (Bremen) in seinem Beitrag „Das Jahr 1968 – Erfahrungen in Ost und West“ darlegten, in der Erinnerung des östlichen und westlichen Europas sehr unterschiedlich bewertet.

Während die Ereignisse von 1968 im Westen mit der Hoffnung auf eine friedliche Überwindung des Kommunismus und Systemkonvergenz beobachtet wurden und mit Respekt und Sympathie erinnert würden, würde das Konzept des Reformkommunismus im Osten als Krisensymptom interpretiert. Sein Scheitern und das mit ihm verbundene Demokratiedefizit machten es unmöglich, in ihm nach 1989 ein anschlussfähiges Erbe zu erblicken. Hingegen zeitigte die *Solidarność*-Bewegung – obgleich sie sich nicht als eine Befreiungsbewegung verstand, sondern auf eine Politik der kleinen Schritte setzte – so *Andrzej Friszke* (Warschau) auf mehreren Ebenen eine nachhaltige Wirkung in der Wahrnehmung Polens in der europäischen politischen Öffentlichkeit. So seien durch die breite emotionale Unterstützung der Bewegung auch durch deutsche Intellektuelle und Politiker der Boden für die Verständigung zwischen Deutschland und Polen wesentlich mitbereitet worden. Zugleich sei die Diskussion um die Krise des Kommunismus angestoßen worden, was Polen auf der internationalen Bühne Anerkennung verschafft habe. Nicht zuletzt sei die *Solidarność*-Bewegung in den darauffolgenden Jahren Vorbild für die Bürgerrechtsbewegungen in Ostmitteleuropa geworden. Bereits im Beitrag Friszkes verlagerte sich die Darstellung von der Analyse des Erinnerungsortes hin zur Analyse des erinnerten Ereignisses und seiner Konsequenzen selbst. Diese Tendenz setzte sich auch in den Beiträgen von *Burkhard Olschowsky* (Oldenburg): „Das Jahr 1989 – Ein europäischer Erinnerungsort“ und *Antoni Dudek* (Warszawa) „Das Jahr 1989 – Sturz des Kommunismus?“ fort. Beide Referenten betonten die Bedeutung des Rückzugs der Sowjetunion aus der Verantwortung für die innenpolitischen Vorgänge der sogenannten Bruderländer. Dies führte zur Dezimierung der Machtbasis der kommunistischen Parteien, sei jedoch zugleich die Voraussetzung für eine gewaltfreie Machtablösung gewesen. Die kommunistische Herrschaft habe jedoch ein schwieriges, bis in den Alltag der Gegenwart hineinreichendes Erbe hinterlassen, so Dudek, mit Blick etwa auf das polnische Gesundheitssystem. Widersprüchlich sei auch die Bewertung der deutschen Einheit, die durch die Dynamik der Wende nicht wie geplant in Folge einer europäischen Friedensordnung ermöglicht wurde, sondern dieser nunmehr vorausgeeilt sei. Dennoch, so Olschowsky in Anlehnung an Ralf Dahrendorf, sei das Jahr 1989 als ein gemeinsamer europäischer Erinnerungsort zu begreifen, da erst durch diese Ereignisse Europa in seiner jetzigen Form möglich geworden wäre. Der hier durch die Referenten vertretenen, vornehmlich positiven Erinnerung des Jahres 1989 wurde in der Diskussion entgegengestellt, dass in breiten Bevölkerungsschichten des ehemaligen Ostblocks das Jahr 1989 mit der Erfahrung wirtschaftlicher und sozialer Verunsicherung in Verbindung gesehen und daher zwiespältig, wenn nicht gar negativ erinnert werden würde.

Der Moderator der Abschlussdiskussion *Paweł Machcewicz* (Warszawa) zog, indem er das allgemein formulierte Diskussionsthema „Die Bedeutung von Erinnerungsorten in historischen Debatten“ mit der Frage, wer das Recht auf die Gestaltung von Erinnerungsorten für sich in Anspruch nehmen dürfe, zuspitzte, am Ende der Konferenz den Bogen erneut zu aktuellpolitischen Fragen. Dieser vor dem Hintergrund etwa der Debatte um das Zentrum gegen Vertreibung, und dem damit verbundenen praktischen Entscheidungsdruck formulierten Frage setzen die Diskutanten *Gerhard Gnauk* (Warszawa), *Tomasz Kranz* (Lublin), *Piotr Semka* (Warszawa) und *Iván Bedö* (Budapest) zunächst die theoretische Überzeugung entgegen, dass der Umgang mit Erinnerungsorten auf der Akzeptanz unterschiedlicher und vielschichtiger Narrative basieren muss. Die Polyphonie der Erinnerung sei als Schatz zu begreifen, so Gnauk. Ausgehend von dieser Grundeinstellung wies Kranz dem Staat eine moralische Verantwortung für nationale Erinnerungsorte zu, jedoch müsse diese auf historischen Analysen basieren. Die Erinnerung sei in einen historischen Kontext einzubetten und auf ihre Bedeutung für die Gegenwart hin zu bestimmen.

Die Konferenz hat das Meisterstück geleistet, in einer offenen Atmosphäre schwierige und oft in der öffentlichen Diskussion strittige Themen sachlich zu untersuchen und zu diskutieren. Da die für die Veranstaltung ausgewählten Themen das kommunikative Gedächtnis der Gesellschaft berührten, standen hier historische Forschung und politische Zielgerichtetheit in einem höchst spannungsvollen Verhältnis. Dieses Verhältnis zwingt in erster Linie die Geschichtsforschung als kritische Wissenschaft, sich stets neu darin zu bestimmen. Dies ist in der besprochenen Veranstaltung m. E. jedoch noch zu wenig erfolgt. So schlug sich die suggestive

Kraft des politischen Willens nicht allein in den konkreten Fragestellungen, sondern bereits in der Auswahl der Themen selbst nieder. Bis auf die erste Sektion wurzelten alle besprochenen Themen in der jüngsten Geschichte, genauer: in der Auseinandersetzung mit totalitären Systemen. Dieser Ansatz hat seine Berechtigung. Jedoch soll auf die Gefahr einer politisch motivierten Engführung der Wahrnehmung von „Erinnerungsorten Ostmitteleuropas“ auf diesen Bereich der Geschichte der betreffenden Länder verwiesen werden. Das reiche Material, welches den Teilnehmern der Konferenz dargeboten wurde, machte zugleich deutlich, dass die Untersuchung von Erinnerungsorten einer interdisziplinären Bearbeitung bedarf. Visuelle und ikonographische Qualitäten der Erinnerung, die wesentlich die Wirkmacht der Erinnerungsorte bestimmen und einen eigenen Diskurs ausbilden, wurden in den Beiträgen der Konferenz kaum am Rande untersucht. Die Aufforderung hierzu ist insofern – dies sei mit Blick auf die allgemeine Methodendiskussion kritisch angemerkt – kein „pictorial turn“, als dass diese Art der Analyse in der Kunst- und Bildgeschichte und den Medienwissenschaften Praxis ist.

Es wäre sehr wünschenswert, dass das mit dieser Konferenz aufgenommen Gespräch eine Fortsetzung fände. Den Rahmen hierfür könnte das wiederholt während der Veranstaltung zur Sprache gebrachte „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ bieten.

Katja Bernhardt

Kontakt:

Katja Bernhardt M.A.
wissenschaftliche Mitarbeiterin
Kunstgeschichtliches Seminar
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel.: 0049 (0)30 2093 4446
Fax.: 0049 (0)30 2093 4209
E-Mail: katja.bernhardt@culture.hu-berlin.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.040
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/040-08.pdf>